

Editorial: FDP/CDU wollen der Stadt den Geldhahn noch mehr zudrehen



Die Landesregierung will durch eine Änderung der Gemeindeordnung die Möglichkeit der Kommunen zur wirtschaftlichen Betätigung radikal einschränken. Künftig soll für alle wirtschaftlichen Tätigkeiten der Stadt Essen nicht mehr nur ein

öffentlicher Zweck, sondern ein „dringender öffentlicher Zweck“ notwendig sein. Damit müssen kommunale Unternehmen wie die Stadtwerke Essen oder die Allbau-Wohnungsgesellschaft ständig neu belegen, dass sie eine Aufgabe besser erledigen können als jedes andere Unternehmen. Hierdurch wird die Kommunalwirtschaft zum „Resteverwerter“ des Marktes degradiert. Der Bestandsschutz für existierende kommunale Unternehmen entpuppt sich bei genauerem Hinschauen als harte Einschränkung. Denn Stadtwerke können somit künftig ihr Geschäft kaum den

aktuellen Entwicklungen anpassen. Die Folge werden Gebührenerhöhungen sein, weil die Möglichkeit zur Quersubvention von defizitären Bereichen durch gewinnbringende Bereich erschwert wird. Außerdem wird der Trend einer weiteren Marktkonzentration auf einige große Unternehmen verstärkt. Denn im Rahmen der Liberalisierung der Märkte in Europa befinden sich die Stadtwerke im harten Wettbewerb mit großen privaten und staatlichen Unternehmen aus anderen europäischen Ländern, in denen nicht die gleichen Beschränkungen für kommunale Unternehmen bestehen.

Die Änderung der Gemeindeordnung soll voraussichtlich im Juni vom Landtag verabschiedet werden. GRÜNE sind sich dabei mit Kommunalbediensteten, Gewerkschaften, kommunalen Spitzenverbänden und vielen anderen einig: Die Änderungen beim § 107 Gemeindeordnung müssen unbedingt verhindert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Unternehmen muss erhalten werden.

Ihr Vorstandsmitglied H. Pless

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Protestaktion der Stadtwerke	2
Neues Kindergartengesetz NRW	3
Essen muss Kindergartenbeiträge erhöhen - GRÜNE: So nicht!	4
Erfolg für Filmbühne machbar	4
GRÜNE mit frischen Wind, Erfahrung und neuen Köpfen	5
Umweltpreis 2007: Essen zeigt Gesicht	6
Streit um Müllverbrennung und Recycling der Fa. Harmuth	6
Grünflächenschutz, die SPD und das Bauvorhaben Josef-Hoeren/Bruchstraße	7
Bürgerbegehren gegen Sportstättenabbau nicht zustimmungsfähig	7
CDU und GRÜNE: Erfolgreiche Veranstaltung zur Migrationswirtschaft	8
Essener GRÜNE mahnen Einigung im Brustzentrums-Streit an	9
Schadstoffarme Autos beim CarSharing in Essen	10
Stadtwerke mit Erdgasautos	10
Vermurkst: VRR bekommt 30 Mio Euro weniger!	11
CO ₂ freies RWE Kraftwerk fraglich	11
Rechenschaftsbericht des GRÜNEN Vorstands 2006	11
Tipps und Termine	13

Protestaktion

Hände weg von den Stadtwerken!

Über 500 MitarbeiterInnen der Stadtwerke und Verdi-Mitglieder aus Essen demonstrierten am 7. 3. im Regen gemeinsam mit KollegInnen aus ganz NRW in Düsseldorf gegen die Pläne der FDP-CDU-Landesregierung, die wirtschaftliche Betätigung der Stadtwerke einzuschränken. Insgesamt versammelten sich ca. 20 -25.000 vor der Staatskanzlei. Auf Antrag von SPD und GRÜNEN hat der Landtag diese Pläne am Tag der Demonstration erstmals diskutiert. Aber auch die Bürgermeister der CDU in einigen Großstädten können sich mit den Plänen der Landesregierung nicht anfreunden und beteiligten sich am Protest. Auch sie bezeichnen das neue Gesetz als zu enges Korsett, das den Stadtwerken die Luft nehmen wird. Empört äußerte sich auch Bernhard Görgens. Der Chef der Essener Stadtwerke und CDU-Vorstandsmitglied für die Bürgerplante Die Landesregierung folgt dem Willen der FDP und produziert damit zu Recht auch Widerspruch aus den Reihen der CDU. Wackelt der Schwanz mit dem Hund?

Die Demonstration hat gezeigt: Die Menschen in NRW wollen ihre Kommunalunternehmen, wollen starke Stadtwerke, Verkehrsbetriebe und Wohnungsunternehmen in Bürgerhand! GRÜNE sind froh, dass auch aus Essen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Düsseldorf mit dabei waren, um deutlich zu machen: Hände weg von unseren Kommunalunternehmen!

Damit wird auch die Haltung unserer Landtagsfraktion unterstützt, die seit Bekannt werden der Pläne der Landesregierung mehrfach Vorstöße unternommen hat, um diese für die Bevölkerung schädlichen Vorhaben zu verhindern.

Privat vor Staat (FDP)statt Gemeinnutz vor Eigennutz (GRÜNE)?

Wir brauchen Stadtwerke, die im Wettbewerb mit den großen Energieversorgern (RWE/EON) mithalten können. Auch für unsere GRÜNEN-energiepolitischen Vorstellungen sind die Kommunalversorger wichtig. Nur so können wir den Plänen der Oligopole im Energiebereich Konzepte von einem sparsamen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und des Einsatzes von erneuerbaren Energieträgern entgegensetzen. Wenn FDP und CDU behaupten, sie wollen mit ihren Einschränkungen dem Mittelstand zu Aufträgen verhelfen, dann stimmt das einfach nicht. Von geschwächten Stadtwerken würden RWE, Eon usw. profitieren.

Würden die gesetzlichen Änderungen, so wie bisher von der CDU-FDP Koalition wie vorgesehen Wirklichkeit werden, würden unsere kommunalen Unternehmen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Das Ergebnis wäre klar: Großunternehmen und monopolistische Tendenzen würden gestärkt, Verbraucherinnen und Verbraucher würden die Zeche zahlen, zum Beispiel auch durch höhere Fahrpreise bei der EVAG (siehe Kasten)

J. Drell

Die Landesregierung will in der Kommunalverfassung verankern, dass Städten und Gemeinden eine wirtschaftliche Betätigung nur noch erlaubt ist, wenn „ein dringender öffentlicher Zweck“ dies erfordert und dieser „durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann“. Von dieser Regelung wären vor allem lokale Stadtwerke betroffen. Diese betreiben in Essen etwa die Versorgung mit Gas, Wärme und Wasser sowie die Abwasserentsorgung. Die Stadtwerke sind zugleich öffentlicher Besitz (noch 51% in Essen), sie sind damit Eigentum aller BürgerInnen.

Die Stadtwerke Essen erwirtschaften jährlich 30 Mio Euro für den Essener Stadthaushalt. Sie tragen damit den Verlustausgleich für die EVAG mit, die nicht kostendeckend fahren kann. Darüber hinaus finanzieren die Stadtwerke als Sponsor einiges, was sich Essen sonst nicht leisten könnte. Ausgerechnet diesem für die Stadt segensreichen Betrieb will das Land den Geldhahn drosseln, und zwar mit einem Gesetz, das GRÜNE als das restriktivste in der ganzen

Bundesrepublik kritisieren und ablehnen. Und dann plant die Landesregierung ja auch noch den Einstieg in die Privatisierung der Sparkassen zu Lasten der Kommunen (Newsletter 1-07) und die Zulassung privater Firmen im Bereich der Abwasserentsorgung.

Neues Kindergartengesetz NRW Weitere Kürzungen und schlechtere Standards

Dieser Gesetzentwurf bedeutet klare Qualitätseinbußen im Kindergarten. Die aktuelle Diskussion zeigt aber gerade, dass wir nicht weniger, sondern mehr Qualität brauchen, um frühkindliche Erziehung zu fördern. Der Kompromiss zwischen Land, Kommunen und Trägern auf einen neuen Finanzierungsmodus bedeutet den landesweiten Abbau personeller und somit pädagogischer Standards zulasten der Kinder und der ErzieherInnen.

In der neuen Regelgruppe sollen künftig bei gleichem Personalstandard auch die betreuungsaufwändigen zweijährigen Kinder mitbetreut werden! Der Betreuungsmehraufwand für diese Kinder wird ignoriert. Den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren will Minister Laschet über Personalabbau finanzieren. Ansonsten profitieren von zusätzlichen Landesmitteln hauptsächlich die Kirchen, die künftig einen geringeren Trägeranteil zahlen müssen. Dieses besondere Entgegenkommen den Kirchen gegenüber und nicht auch den städtischen Trägern führt zu einer einseitigen Bevorzugung kirchlicher Einrichtungen. Dabei haben wir in NRW wie in Bayern bereits den höchsten Anteil kirchlicher Kindergärten.

Die Eltern werden auch weiter mit 19 Prozent zur Kasse gebeten. Weitere Beitragssteigerungen werden folgen, weil dieser Finanzierungsanteil unrealistisch hoch angesetzt ist. Minister Laschet hat die Möglichkeit verspielt, den Elternanteil auf das realistische Maß von 13 Prozent zu senken.

Immerhin hat Laschet sich mit seiner ursprünglichen Idee der Kopfpauschale nicht durchsetzen können. Gescheitert ist er am vehementen Widerstand der Träger, die sonst das volle finanzielle Risiko zu tragen hätten. Die vorgestellte Finanzierung ist keine kindbezogene, sondern eine gruppenbezogene Pauschale, wie sie die kommunalen Spitzenverbände konzipiert haben.

Die Mischung aus Gruppenpauschalen mit Ab- und Zuschlägen je nach unterschiedlichen Betreuungszeiten, teilweisen Spitzabrechnungen und einer Vielzahl verschiedener weiterer Pauschalen ist ein bürokratisches Monstrum. Was fehlt, ist ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren. Ohne den wird es keinen Schub an neuen Betreuungsplätzen geben.

Die Gesamtfinanzierung von 959 Mio. Euro bedeutet einen faktischen Standardabbau, weil allein der Ausgleich der kirchlichen Trägeranteile mit 80 Mio. Euro zu Buche schlägt und zudem die Sprachförderung und auch die Familienzentren aus demselben Topf bezahlt werden müssen. Auch vor der großen Kürzungswelle im Kinder- und Jugendbereich 2006 waren schon einmal 950 Mio. Euro für die Kinderbetreuung im Haushalt veranschlagt - allerdings ohne Familienzentren und Sprachförderung.

Im Übrigen wurde ein Jahr unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Wesentliche gesellschaftliche Gruppen fehlten am Verhandlungstisch: Eltern, Erzieherinnen und Vertreterinnen der Kinderinteressen. Das heißt, alle die von dem Gesetz betroffen sind, waren nicht beteiligt.

A. Asch GRÜNE MdL/ J. Drell

Essen muss Kindergartenbeiträge erhöhen - GRÜNE: So nicht!

Die Verwaltung hat ein Konzept zu einer gestaffelten Erhöhung der KiTa-Beiträge vorgestellt. Die Erhöhung ist auch eine verspätete Folge des Wegfalls der Elternbeitragsausfallklausel, die Essen eine Mindereinnahme von 2,3 Mio. Euro bescherte. Diese Summe hatte das Land bisher an Essen gezahlt, weil Essen aufgrund seiner Sozialstruktur nur 13% statt 19% der Kindergartenkosten durch Elternbeiträge abdeckt. Die Bezirksregierungen hatten bereits im letzten Jahr die Kommunen mit Nothaushalt wie Essen angewiesen, ihre Elternbeiträge zu erhöhen, um einen Ausgleich zu schaffen. Das Verwaltungskonzept sah nun vor, künftig die Beiträge nach 15 Stufen zu staffeln und Besserverdienende stärker zur Kasse zu bitten. Bei einem Jahreseinkommen von bis zu 13.000 Euro oder bei Bezug von ALG II oder Sozialgeld ist der Kindergartenplatz wie bisher beitragsfrei. Geschwisterkinder sollen nach Vorstellung der Verwaltung neuerdings 25% des Beitrags zahlen. Es ist die erste geplante Erhöhung seit 1993.

Die GRÜNEN sehen angesichts der Anweisungen der Bezirksregierung (RP) keine andere Möglichkeit, als diesem Druck der Finanzaufsicht nachzugeben, allerdings mit deutlich geringeren Erhöhungen als vorgesehen. Als Verfehlt sehen die GRÜNEN die Position von Linkspartei und SPD an, sich gegenüber dem Weisungsrecht des RP taub zu stellen und auf Ablehnung zu plädieren, wohl wissend, dass man damit nichts bewirkt außer einem Theaterdonner.

„Noch kann die Politik Einfluss darauf nehmen, welche Beitragserhöhungen sie für die Eltern für zumutbar und vertretbar hält. Eine Totalverweigerung wie in Gelsenkirchen hätte schlussendlich die Folge, dass der Regierungspräsident den Oberbürgermeister anweisen kann, die Beiträge um die maximale Summe zu erhöhen. Damit wäre jeglicher Gestaltungsspielraum ausgehebelt und die Eltern müssten das ausbaden.“

GRÜNE wie CDU lehnen die Einführung eines Geschwisterbeitrages kategorisch ab. Weiterhin möchten die Kooperationspartner eine über die höchste Einkommensstufe von 80.000 Euro hinausgehend noch weitere Einkommensstufen einführen sowie die maximale Beitragsanhebung in der höchsten Stufe auf 40% deckeln.

„Für uns ist klar, dass wir die unteren und mittleren Einkommensklassen nicht noch weiter belasten können. Allerdings ist bei einer drastischen Erhöhung in den besser verdienenden Familien damit zu rechnen, dass Eltern sich aus dem staatlichen System ausklinken und sich „private“, exklusive Lösungen z.B. durch Tagesmütter suchen. Wir aber möchten eine gute soziale Durchmischung in den Kitas.“

„Trotzdem ist es eine Geschichte aus Absurdistan. Da redet Mensch von der Abschaffung der Kindergartenbeiträge zumindest für Fünfjährige und der zunehmenden Bedeutung von frühkindlicher Sprachförderung und Erzielung und muss gleichzeitig die Kindergartenbeiträge erhöhen. Das passt nicht zusammen, was uns die Landesregierung da eingebrockt hat,“ so Christine Müller-Hechfellner, Kinder- und sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion.

Erfolg für Filmbühne

Die Benefizveranstaltung in der Lichtburg am 26.2 allein, hat das Finanzloch nicht schließen können, dass sich zum Ende der Frist auftut. Dafür war es der strahlende Höhepunkt der Kampagne für das älteste Ruhrgebietskino. Das vielfältige Programm mit Essener Künst-

lern wie beispielsweise Hagen Rether oder Rafael Cortez, war einmalig. Die Lichtburg war mit 1250 BesucherInnen ausverkauft und die Stimmung war prächtig. Die KünstlerInnen traten umsonst auf, so dass die Tageseinnahmen und Spenden dieser Gala 37.000 Euro einbrachten

Kreisverband Essen

und eine breite Resonanz für die Filmbühne im Glückaufhaus in den Medien. Als dann neben dem Land NRW, dem Investor und den zahlreichen SpenderInnen in letzter Minute die Sparkasse in die Bresche sprang, um eine Bürgschaft für den noch fehlenden Betrag abzugeben, war der finanzielle Rahmen für Renovierung und Wiederaufbau der Filmbühne weitestgehend geschafft. Was im Dezember als Last-Minute Unternehmen auf einer beinahe aussichtslosen Mission gestartet war, kurzfristig 1,8 -2,2 Mio Euro für die Filmbühne zu beschaffen, wurde nun zum Erfolg. Ein altes schon verloren geglaubtes Stück Essen kann erhalten werden. Allerdings gilt es noch viele Einzelheiten abzuklären und letzte Finanzie-

rungsfragen zu klären. Weitere Spenden sind durchaus noch erforderlich!

Nach der Rettung der Lichtburg - die nach den Plänen von Willi Nowack ja ein Einkaufszentrum werden sollte - gibt es wahrscheinlich ein zweites Kinowunder in Essen. Dieser mögliche Erfolg hat auch einen Namen. Neben der breiten Resonanz und der Unterstützung vieler war das Team um Marianne Menze der Motor der Kampagne. Wir haben als GRÜNE einen kleinen Anteil am Erfolg.

Demnächst soll der Bauantrag eingereicht werden – zum Jahresende beginnt der Umbau und irgendwann spätestens 2010 wird die Filmbühne neu eingeweiht, so die Planung. Ich freue mich darauf.

J. Drell

GRÜNE mit frischen Wind, Erfahrung und neuen Köpfen

Die Grünen wählten auf ihrer gut besuchten Jahreshauptversammlung am 21.03.2007 einen neuen Vorstand. Neuer Sprecher wurde Heribert Rüsing, der dieses Amt bereits in den 90er Jahren wahrgenommen hat. Heribert Rüsing ist eine bekannte Größe in der Lokalpolitik, war bereits im Rat und wirkt seit über 15 Jahren als Bezirksvertreter. Heribert Rüsing möchte das Profil der GRÜNEN als Zukunftsgestalter und Ideenmotor ausbauen und einen GRÜNEN Aufbruch organisieren. Im Hinblick auf die Kommunalwahl gelte es, die GRÜNE Handschrift in der Kooperation mit der CDU deutlicher zu machen.

„Wir brauchen ein Programm für **„Essen in Zukunft“**. Wie soll unsere Stadt in 10 / 20 Jahren aussehen und wie kann man dann hier leben?“

Als Schatzmeisterin wurde Doris Eisenmenger (59 Jahre, wirtschaftliche Leiterin eines Klinikverbundes) gewählt.

Als BeisitzerInnen wurden gewählt: Stefanie Hansmeier-Maas (29 Jahre, Kommunikationstrainerin), Vera Etterich (47 Jahre, Heilpraktikerin für Psychotherapie), Helmar Pless (40 Jahre, Mitarbeiter der Landtagsfraktion), und

Mathias Friedrich (20 Jahre, Auszubildender, Jungen GRÜNEN).

Die bisherigen Vorstandsmitglieder Sprecher Thomas Rommelspacher (sieben Jahre), Schatzmeister Yves Landes (5 Jahre) und Sprecherin Ilka Trösser und Feride Yaldizli (jeweils 2 Jahre) hatten nicht erneut kandidiert. Ihnen allen dankte die Versammlung für ihre engagierte Arbeit.

Die Landesvorsitzende der GRÜNEN Daniela Schneckenburger sprach zur Situation der NRW-GRÜNEN und der Roll-Back-Politik der CDU. Sie stellte dazu fest, dass die Landesregierung den Städten einen Bärendienst leiste, wenn sie die wirtschaftliche Betätigung städtischer Betriebe wie der Stadtwerke stark einschränke. Dies führe letztlich zu Mehrbelastungen für die Bürger und in Essen z. B. zu höheren Fahrpreisen für Busse und Bahnen. Mit dem neuen Schulgesetz zur Zementierung des vielgliedrigen Schulsystems werde die Schule zu einem Aussortierungsmodell. Bildungschancen der Kinder hängen immer mehr vom Einkommen der Eltern ab – da hilft nur ein Systemwechsel mit längeren gemeinsamen Schulzeiten für alle.

J. Drell



Der neu gewählte Vorstand von links nach rechts mit Helmar Pless, Doris Eisenmenger, Heribert Rüsing, Vera Etterich, Stefanie Hansmeier und Matthias Friedrich

Umweltpreis 2007: Essen zeigt Gesicht

Essen lost auf Initiative von GRÜNEN und CDU 2007 wieder einen Umweltpreis aus. Dadurch soll privatem und unternehmerischem Engagement für die Umwelt größere Beachtung geschenkt werden. „Ausgezeichnet werden Fassadengestaltungen z.B. in Kombination mit Dach- und/oder Fassadenbegrünungen, wärmedämmenden oder anderen gestalterischen Maßnahmen unter Berücksichtigung des Umweltschutzes, die zeigen, dass Ästhetik und Ökologie keine Gegensätze sind, so der offizielle Text. Das Preisgeld beträgt 10.000 Euro. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen, Vereine sowie kleine Unternehmen aus Essen.

Die Wettbewerbsunterlagen müssen bis zum 15. August ans Rathaus/Umweltamt gesandt werden. Bewertet werden nicht nur neue Ideen, die bis zum 15.8. umgesetzt sein müssen, sondern auch Projekte aus den vergangenen drei Jahren.

Weitere Informationen über ursula.warich@umweltamt-essen.de

Streit um Müllverbrennung und Recycling der Fa. Harmuth

Das Konzept der Verwaltung für die Errichtung einer "Energetischen Verwertungsanlage" der Firma Harmuth im Stadthafen wurde auf der März-Sitzung der Bezirksvertretung IV (Borbeck) mit übergroßer Mehrheit von CDU, SPD, GRÜNEN und PDS zurückgewiesen. Bemängelt wurde erneut auch das fehlende Verkehrskonzept für die Transporte, das die Bezirksvertretung schon mehrfach gefordert hatte. Befürchtet wird zu Recht, dass Wohngebiete durch noch mehr LKW-Verkehr in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die von Harmuth geplante Müllverbrennung (max. 36.000t Restmüll jährlich) ist in der Bevölkerung umstritten. Angesichts freier Kapazitäten in der Müllverbrennungsanlage Karnap macht eine zusätzliche Anlage aus städtischer Sicht und gemessen am Interesse der Bevöl-

kerung keinen Sinn, - wohl aber aus Sicht des Unternehmens Harmuth und seiner Gewinnerwartungen. GRÜNE setzen sich für den rechtlich bestmöglichen Schutz der Bevölkerung und entsprechende Auflagen für die Fa Harmuth ein. Etwaige zukünftige Nutzungserweiterungen der Anlage zur Verbrennung anderer Materialien (z.B. Sondermüll) müssen ausgeschlossen werden. Ein direktes Verbot der Müllverbrennung ist im Stadthafengebiet nicht möglich, wir fordern aber die Genehmigungsbehörde in Düsseldorf auf, den Rahmen für Auflagen zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt so weit wie möglich auszuschöpfen. Formal ist der RP die zuständige Genehmigungsbehörde. Gegen die Anlage liegen über 4000 Einsprüche vor.

B. Vornefeld/ T. Drewes, Bezirksvertreter

PS: CDU und GRÜNE werden im Rat einen Antrag einbringen mit dem Tenor alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen um die Ansiedlung einer neuen Müllverbrennung zu verhindern. Der „Runde Tisch der Umweltverbände bezeichnet die Müllverbrennung von Harmuth angesichts der Überkapazitäten in Karnap als überflüssig wie ein Kropf. Der Antrag hat die Chance auf parteiübergreifende Zustimmung.

Grünflächenschutz, die SPD und das Bauvorhaben Josef-Hoeren/Bruchstraße

Als unehrlich weisen die GRÜNEN die Kritik der SPD zurück, GRÜNE würden sich nicht mehr für Grünflächenschutz einsetzen. Fakt ist, dass die erste Querbebauung an der Josef-Hoerenstr vor der Jahrtausendwende von der SPD gegen die Stimmen der GRÜNEN beschlossen wurde, als die SPD noch die absolute Mehrheit hatte. „Aber derlei Ursünden vergisst man als Sozialdemokrat mal gern, wenn man andere vorführen möchte.“ so Bezirksvertreter und Vorstandsmitglied Yves Landes.

In der Ratsperiode 1999 -2004 hatte dann die CDU eine Komplettbebauung des Geländes geplant. Im Rahmen der Kooperation von CDU und GRÜNEN ab 2004 konnten GRÜNE dann einen Kompromiss erreichen: deutlich weniger Wohneinheiten und eine moderate Randbebauung der Fläche. Soweit die Fakten.

Wenn bei der SPD jetzt neuerdings der Grünflächenschutz einen so hohen Stellenwert bekommen hat, so freut dass die GRÜNEN natürlich.

„Wir würden gern mit der SPD den Bau der A 52 verhindern. Denn ein Bruchteil einer Abfahrt

der A 52 beispielsweise in Altenessen-Süd/Stoppenberg versiegelt einen Kilometer weiter mehr Fläche als die Bebauung an der Josef-Hoerenstraße. Von der Zerstörung des Helenenparks ganz zu schweigen. „Machen Sie also Ernst mit dem Grünflächenschutz in Stoppenberg und Altenessen und dem Schutz der Menschen an der geplanten Trasse der A 52 vor Lärm und Abgasen, dann verhindern sie diese mit uns gemeinsam“, fordert Hiltrud Schmutzler-Jäger, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN die SPD auf.

GRÜNE sind gespannt darauf, ob die SPD sich von den Plänen zum Weiterbau der A 52 verabschiedet oder ob das Thema Grünflächenschutz bei der SPD nur eine Eintagsfliege bleibt.

Ansonsten gilt nicht nur hier der gute Rat an die SPD, nicht nur das Kurzzeitgedächtnis benutzen, sondern auch das Langzeitgedächtnis! Die SPD neigt allzu gern dazu, den Schleier des Vergessens über die eigene Regierungszeit zu decken, um unbeschwert opponieren zu können.

J. Drell

Bürgerbegehren gegen Sportstättenabbau nicht zustimmungsfähig

Zwar ist die Zahl der abgegebenen Unterschriften von 37.000 beachtlich- sie ändert jedoch nichts an den Fakten. Die schrumpfende und alternde Stadt hat auf der einen Seite einen Nothaushalt und 2,2 Milliarden Verbindlichkeiten und auf der anderen Seite Überkapazitäten im Bereich der Fußballplätze. Damit ist für GRÜNE nach wie vor der Zwang auch zum Sparen im Sportbereich gegeben, damit die Stadt künftig ihre Sportinfrastruktur erhalten

und pflegen kann. „Die Vorgänge um die gestohlene Bojenkette und die plötzlich erforderlich gewordenen Reparaturen am Rüttenscheider Hallenbad und dem Kettwiger Freibad belegen eindeutig, dass ein einfaches Weiter so wie bisher in eine Sackgasse der Handlungsunfähigkeit führen werden,“ so Thomas Rommelspacher Vorstandssprecher der GRÜNEN, „sonst wird einfach die Sportinfrastruktur marode und die Stadt unfähig, Reparaturen zu finanzieren. Die Verwal-

tung hat in der Zwischenzeit die Sanierung weiterer Bäder auf Eis gelegt, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Ausnahmen gibt es nur für Rüttenscheid und die Freibäder. Man will erst das Bädergutachten abwarten, um Klarheit darüber zu gewinnen, welche Bäder eine Zukunft haben und welche die Stadt sich nicht mehr leisten kann. Bisher war die Schließung zweier Bäder im Gespräch.

Es gibt in Essen im Grundsatz ausreichend Platz, um die Bedürfnisse des Schul- und Ver-

einssports abzudecken. Fußballplätze sind keine Mangelware, sondern es gibt freie Kapazitäten. Die GRÜNEN sind deshalb im Gegensatz zu den Befürwortern des Bürgerbeteiligens dafür, sich nicht dem Zufall auszuliefern, sondern alles jetzt Erforderliche zu tun, um die Stadt langfristig wieder finanziell handlungsfähig zu machen. Dazu gehört auch die geplante Aufgabe von 7 von 95 Fußballplätzen und 2 von 180 Turnhallen, die zudem baufällig sind.

T. Rommelspacher

CDU und GRÜNE: Erfolgreiche Veranstaltung zur Migrationswirtschaft

Die Fraktionen von CDU und GRÜNE freuen sich über die gelungene Auftaktveranstaltung zur Migrationswirtschaft mit Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Reiniger, die gestern im ComIn von der EWG und dem Büro für Stadtentwicklung organisiert wurde. Die Idee der Auftaktveranstaltung entspringt der Lenkungsgruppe „Ethnische Ökonomie“, die auf Antrag von CDU und GRÜNEN im Ausschuss für Zuwanderung und Integration eingerichtet wurde. Mit diesem Workshop wurde die Zielgruppe der MigrantInnen als Existenzgründer und Unternehmer in den Focus genommen. Erste Handlungsempfehlungen wurden gestern bereits verabredet.

Der migrationspolitische Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Zuwanderung und Integration Burak Copur hierzu: „Wir als Grüne-Fraktion“ wollen das Thema Integration und Zuwanderung nicht nur problem- und konfliktbeladen diskutieren, sondern auch die Chancen von Migranten nutzen. Ein großer Gewinn für unsere Stadt ist dabei das wirtschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund. Schon heute sind zahlreiche Unternehmer in Essen mit ihren Betrieben zu erfolgreichen „Botschaftern ihres Landes“ geworden. Obwohl die Zahl der ausländischen Selbständigen gegenüber den deutschen Existenzgründern kontinuierlich wächst, ist das Potential bei den Migranten noch lange nicht ausgeschöpft. Häufig kommen Hemmnisse wie zum Beispiel Finanzierungsprobleme, Sprachschwierigkei-

ten und Unsicherheiten bei Behördengängen hinzu, die die Existenzgründungen erschweren. Diese gilt es gemeinsam zu beseitigen. Durch die gezielte Förderung der Selbständigkeit von Migranten können nicht nur weitere Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze in Essen geschaffen werden, sondern auch durch die bestehenden Kontakte der ZuwanderInnen in die Herkunftsländer neue Märkte im In- und Ausland eröffnet werden, so Burak Copur.

Henning Aretz, Sprecher der CDU-Ratsfraktion für Zuwanderung und Integration, begrüßt die Absicht, in Betrieben von Migranten die Ausbildungsanstrengungen zu verstärken. IHK und Kreishandwerkerschaft sagten auf dem Workshop konkrete Unterstützung zu. Erfreulicherweise liege die Selbständigenquote bei Migranten schon heute höher als in der Mehrheitsgesellschaft, so Aretz. Er weist auf die wissenschaftlichen Untersuchungen hin, nach denen Zuwanderer mit derselben Bildung und vergleichbaren Bildungsabschlüssen beruflich so erfolgreich sind wie Einheimische. „Zum Teil haben wir unter den Migranten Eliten aus ihren Herkunftsländern bei uns, oft ohne das zu wissen und zu würdigen.“ Zu der Arbeitstagung waren auch Wirtschaftsförderer aus anderen Städten des Ruhrgebietes und von der neuen Gesellschaft des Regionalverbandes Ruhr angereist. Auch das zeigt das Interesse, auf das Essen mit dieser im wahrsten Sinne des Wortes nahe liegenden Möglichkeit der Ansiedlung neuer Betriebe stößt.

Grüne Ratsfraktion

8. März: Frauen brauchen Lohngerechtigkeit und bessere Kinderbetreuungsangebote



Trotz rechtlicher Gleichstellung der Frauen brauchen wir weiter eine aktive Gleichstellungspolitik, um Chancengleichheit Wirklichkeit werden zu lassen, auch in der Arbeitswelt. Es ist nichts Neues, dass im europäischen Vergleich Frauen in Deutschland

weit unterproportional in Führungspositionen vertreten sind. Neben

Männerbünden, einem überkommenen Frauenbild und mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehlt Frauen auch oft die Motivation aufgrund mangelnder Orientierungsmöglichkeit an weiblichen Vorbildern, nach denen sie streben können.

Noch immer erhalten Frauen weniger Geld für gleiche Arbeit, und zwar im Schnitt 26%. Das hat negative Folgen für Altersversorgung und

Kaufkraft der Frauen. Noch immer sind Frauen in Führungsetagen insbesondere in der Wirtschaft Mangelware. Eine bessere Kinderbetreuung ist notwendig, damit Frauen ihre Möglichkeiten im Berufsleben besser nutzen können. Leider stoßen die Pläne für die Schaffung für einen nennenswerten Ausbau von Kitaplätzen für Kinder unter drei auf erheblichen Widerstand von CDU-Patriarchen. Frauen verrichten nach wie vor den größten Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit in Familie und Haushalt. Dafür bedarf es ein verlässliches Netzwerk, um ihnen Berufstätigkeit und beruflichen Aufstieg zu ermöglichen. Mit dem Ausbau der Ganztagschulen in Essen schaffen wir dafür einen wichtigen Baustein.

Die Schließung der Regionalstelle Frau und Beruf in Essen sowie die Kürzung der Mittel für das Frauenhaus durch die Landesregierung sind dagegen eindeutig Rückschritte für die Frauenpolitik.

H. Schmutzler-Jäger, Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion

Essener Grüne mahnen Einigung im Brustzentrums-Streit an

Im Streit um den Zuschnitt der zwei Essener Brustzentren (Bericht der WAZ vom 16.03.07) scheint auch nach drei Jahren noch keine Einigung in Sicht zu sein. „Essen ist dabei in Gefahr, den Vorsprung, den wir uns 2001 durch die Diskussion auf kommunaler Ebene erarbeitet haben, zu verspielen. Andere Kommunen haben inzwischen die Zertifizierung erreichen können, nur Essen hinkt hinterher“, so die gesundheitspolitische Sprecherin der GRÜNEN, Christine Müller-Hechfellner.

Nicht zuletzt aufgrund des sog. Brustkrebsskandals in den 90er Jahren haben Selbsthilfeverbände und Politik die Einrichtung von Brustzentren gefordert, um hier eine qualitätsgesicherte Diagnostik und Therapie zu installieren, die in den europäischen Nachbarländern seit langem existiert.

Christine Müller-Hechfellner appelliert an die Chefs der Essener Kliniken, bis spätestens Ende des Jahres eine Lösung zu finden. „Ansonsten befürchten wir, dass die Frauen sich in den bereits zertifizierten Brustzentren der Nachbarstädte wie z.B. Gelsenkirchen, Bochum oder Dortmund behandeln lassen.“

Zur Erinnerung: In Essen hatten sich 2002 zwei Klinikverbände gebildet, um eine Zertifizierung als Brustzentrum durch das NRW-Gesundheitsministerium zu beantragen.

Das Ministerium aber würferte die kooperierenden Kliniken neu zusammen, was aber von Seiten der Universitätsklinik nicht akzeptiert wurde. Ein eingereicherter Widerspruch wurde abgelehnt. Im Moment versucht das Uni-Klinikum auf dem Klageweg den ursprünglichen Klinikverbund bestätigen zu lassen. GRÜNE befürchten, dass damit die Einrichtung eines Brustzentrums zu einer endlosen Geschichte wird zu Lasten der Frauen.

C. Müller-Hechfellner

Schadstoffarme Autos beim CarSharing in Essen

Die Greenwheels GmbH hat in der vergangenen Woche in Essen 10 neue, besonders umweltfreundliche Kleinwagen an ihren CarSharing-Stationen in Betrieb genommen. Es handelt sich dabei um das Modell Peugeot 107, den schadstoffärmsten benzinbetriebenen Pkw, der derzeit auf dem Markt erhältlich ist. Dieses Fahrzeug verbraucht im Drittmix lediglich 4,6 l Super und erzeugt nur 109 Gramm CO₂ je Kilometer.

Wir bieten durch unser CarSharing-Angebot in Essen nicht nur eine attraktive Möglichkeit, im Verbund mit dem ÖPNV-Angebot von EVAG und VRR kostengünstig Auto zu fahren, ohne ein eigenes Fahrzeug besitzen zu müssen“, erläutert Geschäftsführer Birger Holm. „Wir bemühen uns auch, durch die Bereitstellung einer besonders schadstoffarmen Fahrzeugflotte zur Verbesserung der Luftqualität in Essen beizutragen. Greenwheels unterstützt damit die Anstrengungen der Stadt - die seit langem Mitglied im Klimabündnis ist -, den Ausstoß an Kohlendioxid zu reduzieren. Das Greenwheels-Angebot bietet derzeit an 8 Standorten in der Stadt 20 Kleinwagen und Kombis an. Weitere Stationen sind in diesem Jahr geplant. „Durch ein dichteres Stationsnetz wollen wir zu einer Verkehrsreduzierung beitragen“, so Holm. „Die Entfernung von den Wohnstandorten unserer Kunden zur nächsten Greenwheels-Station soll sich weiter verringern. Das erhöht die Bequemlichkeit für die Nutzer und stärkt die Attraktivität des Gesamtsystems.“

Greenwheels stellt in Essen denjenigen Personen oder Firmen ´öffentliche Autos` kostengünstig stundenweise zur Verfügung, die privat oder dienstlich hauptsächlich die Fahrzeuge der EVAG nutzen, ab und zu aber auch einmal einen Pkw oder Kombi benötigen. Bis etwa 10.000 gefahrene Auto-Km im Jahr ist CarSharing erheblich preisgünstiger als private Pkws. In den Abendstunden zwischen 20 und 8 Uhr kosten Greenwheels-Fahrzeuge zum Beispiel lediglich 1 € (!) je Stunde + 15 Ct. je km inkl. Kraftstoff und MWSt. (Kleinwagen). Detail-Infos: www.greenwheels.de sowie Tel.-Hotline 01803 – 332 332 (9 Ct./Min.)

Stadtwerke mit Erdgasautos

Genau 110 Erdgas-Fahrzeuge gehören zur Stadtwerkeflotte, die übrigen 640 werden gewerblich oder privat genutzt. "Unsere Fahrzeuge fahren schon mit Erdgas", erklärt Günter Brisse von den Stadtwerken. "1995 haben wir eine Grundsatzentscheidung getroffen. Seitdem stellen wir nach und nach unsere gesamte Flotte um. In etwa zwei Jahren werden alle 140 Fahrzeuge mit Erdgas betrieben." Das spart nicht nur eine Menge schädlicher Abgase, sondern auch Geld. Denn ein Kilo Erdgas ist im Vergleich zu Diesel fast 35 Prozent, verglichen mit Benzin sogar 50 Prozent günstiger. Das entspricht umgerechnet einem Benzin-Literpreis von rund 62 Cent.

Erdgas ist ein besonders umweltschonender fossiler Brennstoff. Es bildet bei der Verbrennung im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen am wenigsten Kohlendioxid. In der Praxis: in Essen fahren rund 750 Erdgasfahrzeuge und ersparen den Bürgern pro Jahr ca. 800 Tonnen Kohlendioxid.

Außerdem sind die Krebs erregenden Russpartikel aus Erdgas-Kfz im Vergleich zu Dieselmotoren um 99 Prozent vermindert. Zudem produzieren sie bis zu 80 Prozent weniger reaktive Kohlenwasserstoffe (HC) und Stickstoffoxide (NOx) sowie nur die Hälfte an Kohlenmonoxid-Emissionen (CO).

Weiterer Vorteil: Erdgasfahrzeuge bleiben bis zum Jahr 2018 bei der Mineralölsteuer begünstigt. Diese Fakten überzeugen immer mehr Verwaltungen, Unternehmen und Privatleute. Insgesamt stieg der Bestand an Erdgasfahrzeugen in Deutschland zum Ende letzten Jahres auf über 50.000.

aus einer Pressemitteilung der Stadtwerke Essen

Vermurkst: VRR bekommt 30 Mio Euro weniger!

Durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel für den erwarteten VRR für 2008 eine Finanzierungslücke von ca. 30 Millionen Euro. Demnach sind starke Auswirkungen auf das SPNV-Angebot (schienengebundener Nahverkehr) durch Kürzungen auf zahlreichen Linien des Regionalverkehrs nicht mehr abzuwenden. Der VRR ist gezwungen, 8% der gefahrenen Zugkilometer zu sparen. Die Kürzungen treten ab Mitte Dezember 2007 in Kraft. In Essen wird vor allem der Nachtverkehr des RE 1 reduziert werden. Langfristig wird überlegt, die S-Bahn-Takte von einem 20-Minuten-Grundtakt auf einen 30-Minuten - Grundtakt zu reduzieren. Das wird vor allem Kupferdreh, Werden und Kettwig betreffen.

Die Kürzung dieser Zuschüsse hat die große Koalition unter Zustimmung der NRW-Landesregierung beschlossen. Dieser massive Einschnitt in die Qualität des Regionalverkehrs im Ballungsraum Ruhrgebiet trägt mit Sicherheit auch zur Erhöhung der CO₂-Emissionen bei, sorgt für Zuwächse im Autoverkehr und ist somit nicht nur klimapolitisch vollkommen verfehlt.

J. Drell

CO₂ freies RWE Kraftwerk frühestens 2014 Genehmigungen für Kohlekraftwerke ohne CO₂ Abscheidung befristen!

Zur "Ankündigung" von RWE-Vorstand Bertold Bohnkamp im Magazin "Stern", 2014 ein CO₂ freies Kraftwerk zu bauen, erklärt **Reiner Priggen MdL**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und energiepolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion „Vor einem Jahr im März 2006 kündigte RWE den Baubeginn für ein CO₂ freies Kraftwerk für 2010 an. Jetzt nur 1 Jahr später wird erklärt, dass der Bau erst 2014 erfolgen soll. Die Ankündigungen von RWE sind nicht seriös. Hauptsache, sie erwecken den Anschein von Engagement für den Klimaschutz. Diese Propaganda dient nur der Rechtfertigung für den Bau weiterer klimaschädlicher Braunkohlekraftwerke.

Fakt ist: Das CO₂-freie Großkraftwerk im wirtschaftlichen Betrieb ist bis heute eine rein technische Fiktion. Deshalb fordern wir, dass neue Kohlekraftwerke keine unbefristeten Betriebsgenehmigungen für CO₂-Emissionen mehr erhalten. Nur wenn die Technologie zur CO₂-Abscheidung und -Lagerung tatsächlich zur Verfügung steht und die Kraftwerke nachgerüstet werden, kann die Kohleverstromung weiter gehen.

Parallel baut RWE seine klimaschädliche Braunkohleverstromung derzeit kräftig aus. RWE hat bisher seine Stilllegungszusagen für alte Kraftwerksblöcke nicht eingehalten. Das war aber als Gegenleistung für die Genehmigung des 2002 in Betrieb gegangenen Braunkohlekraftwerks in Niederaußem zugesagt worden.“

PS: beziehen Sie etwa noch Strom vom RWE? Änderbar über www.atomaussieg-selber-machen.de

Rechenschaftsbericht des GRÜNEN Vorstands 2006

1. Einleitung

Die Lage der GRÜNEN ist schwierig: in der Opposition allüberall im Bund wie Land, in Essen in der Regierung. Nachdem es in Baden-Württemberg und Berlin nicht geklappt hat, die Oppositionsrolle zu verlassen, richtet sich das Augenmerk auf Bremen. So kompliziert Regierungsbeteiligung auch ist, ohne diese ist es sehr schwierig auf der Bund-Länder-Ebene und in der Öffentlichkeit eine einflussreiche Rolle zu spielen. Außerdem ist man damit im Wettstreit der kleineren Parteien, selbst gegen-

über FDP und PDS, im Nachteil. Trotz passabler Wahlergebnisse in den Landtagswahlen, seit der Bundestagsabwahl bleibt den GRÜNEN so in erster Linie auf andere Stärken zu setzen. Sich als Ideenmotor zu profilieren und weiter zu etablieren.

Insbesondere im Bereich der Klimapolitik, die aufgrund des voranschreitenden Klimawandels in aller Munde ist, bieten sich für GRÜNE Themen und Forderungen neue Chancen, die wir nutzen müssen. Das begrenzte Zeitfenster für wirksame Gegenmaßnahmen, die dem Temperaturanstieg Einhalt gebieten können, erhöht den Druck auf alle.

Wer wirklichen Klima- und Umweltschutz will, will GRÜN! Union, SPD und FDP wollen vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um den Klimawandel den Umweltschutz plötzlich für sich entdeckt haben. Dabei produzieren sie auch viel heiße Luft. Es ist unser Thema und niemand kann den GRÜNEN beim Umweltschutz den Rang ablaufen!

Fortsetzung unter <http://www.gruenerkv-essen.de/index.php?id=2658>

Kais` s Brief aus Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,

die heutigen Lebenschancen junger Menschen unterscheiden sich in vielfältiger Weise von der Ausgangslage früherer Generationen. Um auf die dadurch aufgeworfenen Herausforderungen eine angemessene Antwort zu finden, hat mein Fraktionsarbeitskreis unter der Überschrift „Teilhabe statt Exklusion – neue Chancen für Jugendliche schaffen“ ein von mir vorbereitetes Positionspapier beschlossen. Der Beschluss gibt Leitlinien, um die Antwort der Bundesregierung auf meine große Anfrage zur Jugendpolitik zu bewerten, die in diesen Tagen erscheint.

Ziel des Papiers ist es, herauszustellen, dass die Lebenslagen junger Menschen mithin vielschichtig sind und daher unterschiedliche politische Konzepte erfordern. Es gibt nicht eine Jugend, sondern sich stetig wandelnde Jugendkulturen. An dieser Stelle ist es die Aufgabe von Politik und Gesellschaft, alle Jugendlichen optimal zu fördern und ihnen damit Teilhabechancen zu eröffnen. Kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden – dies muss Maßstab einer Anti-Exklusionspolitik sein, die auf Integration und Teilhabe der jungen Generation setzt. Den größten Handlungsbedarf sehen wir bei der Schaffung von sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Teilhabechancen, insbesondere durch Bildung und Beteiligung von jungen Menschen – das ist der „grüne Faden“ unseres Beschlusses. Gerade um Jugendliche, die von sozialer Exklusion betroffen oder bedroht sind, muss sich moderne Jugendpolitik kümmern. Um diesen Jugendlichen zu helfen ist ein Politikwechsel, hin zu neuen Perspektiven und mehr Teilhabe, unabdingbar.

Junge Menschen und künftige Generationen sind von den Folgelasten ungelöster Probleme besonders betroffen: Umweltzerstörung und Klimawandel, Ressourcenverschwendung, steigende Staatsverschuldung und die Krise der sozialen Sicherungssysteme schmälern und begrenzen ihre Zukunftschancen. Diese Hypotheken verengen den politischen Gestaltungsspielraum heutiger und zukünftiger Jugendgenerationen. Deshalb gehören die Belange und Perspektiven junger Menschen in den Mittelpunkt einer solidarischen Modernisierung unserer Gesellschaft.

Grüne Jugendpolitik will Jugendliche stark machen. Neben der Familie müssen Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe und ein solidarisches Miteinander die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen unterstützen. Deshalb müssen stereotype und geschlechtsspezifische Benachteiligungen überwunden werden, um allen jungen Frauen und Männern die gleichen Teilhabechancen zu ermöglichen.

Jugendpolitik muss sich zudem den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft stellen. Jedes dritte Kind unter sechs Jahren hat bereits einen Migrationshintergrund – mit steigender Tendenz. Es ist daher zentrale Aufgabe von Jugend- und Migrationspolitik, jungen Menschen anderer Herkunft gerechte Chancen auf soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe anzubieten. Jugendliche mit

Migrationshintergrund sind als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wertzuschätzen und anzuerkennen. Es muss also Aufgabe der Gesellschaft sein, ihnen Integration zu ermöglichen, aber auch abzuverlangen.

Bislang kannten wir nur das Bild der wenigen Alten und vielen Jungen. Diesen Gesellschaftsaufbau wird es in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr geben. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird eine neue Generationsschichtung entstehen: Bereits 2010 werden erstmals weniger Jugendliche (unter 20 Jahre) als ältere Menschen über 65 Jahre in Deutschland leben. Jugendliche werden in Zukunft immer stärker zur gesellschaftlichen Minderheit: Im Jahr 2050 wird der Anteil der älteren Menschen fast doppelt so hoch sein, wie der der jüngeren. Diese Entwicklung wird Auswirkungen auf das Zusammenleben der Generationen haben. Wir wollen diese Entwicklung realistisch annehmen und konstruktiv gestalten. Der Zusammenhalt der Generationen ist heute stark ausgeprägt. Diesen gilt es zu erhalten und im Prozess der demografischen Alterung zu vertiefen.

Der Tatenlosigkeit und dem Desinteresse der Bundesregierung in Sachen Jugendpolitik wollen wir mit Vorschlägen begegnen, die der vielfältigen Lebenswelt der heutigen Jugend gerecht werden und sie bei der Bearbeitung der Herausforderungen von heute und morgen einbezieht. Chancengerechtigkeit für Jugendliche darf nicht weiter Glückssache sein, sondern muss Schwerpunkt der Politik werden. Jugend darf in keinem Politikfeld zur „vergessenen Generation“ werden.

Dies soll nur ein kurzer Einblick in unser Positionspapier sein. Die vollständige Version lässt sich hier finden: http://www.gruene-bundestag.de/cms/kinder_jugend_familie/dokbin/174/174305.pdf

Ich bin sehr gespannt auf Eure Meinung und freue mich über einen Austausch über dieses wichtige Thema.

In diesem Sinne, herzliche Grüße,
:-> Kai (Kai Gehring, MdB)

Tipps und Termine

Klimaschutzfilm für Schulen

Der Oskar prämierte Al-Gore Film in Sachen Klimaschutz "Eine unbequeme Wahrheit" (Motto "learning by viewing") kann über das Bundesumweltamt kostenlos ausgeliehen werden. Es gibt 6000 Kopien (DVD) für Schulen. Dies wäre eine Möglichkeit um u. a. an Schulen eine Filmveranstaltung durchzuführen – eine Anregung für LehrerInnen, ElternvertreterInnen, sich für eine solche Vorführung an ihrer Schule einzusetzen und die Klimaproblematik zu diskutieren. Unterrichtsmaterial gibt es auch. www.bmu.de/bildungsservice/doc/38671.php

Ökostrom statt Atomstrom von RWE und Co.!

Stromanbieter wechseln - den Atomstromanbietern RWE, Yellowstrom usw. eine lange Nase drehen und Strom aus erneuerbaren Energien beziehen- ein Beitrag zum Klimaschutz und zum Atomausstieg Das RWE behauptet, das insbesondere die privaten Strombezieher dem Konzern weitgehend treu geblieben sind. Es wäre schöne, wenn der Eine oder die „Andere sich mal einen ruck geben würde, um Ökostrom zu beziehen. Informationen über die alternativen Anbieter unter www.atomausstieg-selber-machen.de oder über die Hotline 0800-7626852 (werktags, 9.00-17.00h).

GRÜNE Marktwirtschaft: Wie GRÜN ist der Markt?

Die GRÜNEN aus Steele und Kray und von der Ruhrhalbinsel laden ein zu einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung

**am Freitag, den 30.3.07, um 19.30
im GREND in Steele, Westfalenstr. 311**

Es geht um das Papier „Mehr Wert – Grüne Marktwirtschaft“ von Fritz Kuhn, Matthias Berninger u.a., das uns Jan Karsten Meier von den GRÜNEN der Ruhrhalbinsel vorstellen wird. Er ist Mitglied des Bundesvorstands von „Unternehmensgrün“ und hat in dieser Eigenschaft an dem Papier mitgearbeitet. Die wesentlichen Kritikpunkte an dem Papier, die bisher geäußert wurden, wird Manfred Dullien von den Steeler GRÜNEN zusammenfassen. Er ist langjähriges Mitglied der GRÜNEN Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft. Wir freuen uns auf einen lebhaften Gedankenaustausch mit vielen GRÜNEN Mitgliedern und Interessierten!

Grundsicherungsdebatte bei GRÜNEN NRW Diskussionsforum zur sozialen Sicherung gestartet

Unter <http://forum.gruene-nrw.de> haben wir ein neues Diskussionsforum eröffnet. Hier habt ihr die Möglichkeit, untereinander und miteinander die Diskussion zur Frage sozialer Sicherung zu führen. Um soziale Sicherung, also um die Frage, wie wir als Gesellschaft das soziokulturelle Existenzminimum von Menschen auch im Falle von Erwerbslosigkeit absichern können, wird bei uns GRÜNEN zurzeit intensiv diskutiert. In der Regel verläuft die Debatte dabei entlang der Kontroverse: "Bedingungsloses Grundeinkommen oder grüne Grundsicherung - wie geht's nach morgen?". Mit unserem Diskussionsforum wollen wir diese Diskussion kanalisieren. Nehmt teil, mischt euch in die Diskussion ein. Das Forum bietet nicht nur die Möglichkeit zu diskutieren, es dient auch dem Informationsaustausch, ihr könnt u. a. Positionspapiere und Veranstaltungshinweise einstellen.

Aktion „Klima-Appell“

Angela Merkel hat den Klimaschutz zum Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gekürt und konsequentes Handeln angekündigt. Doch nach dem ersten Drittel der Präsidentschaft fällt das Resümee vernichtend aus: Die Bundesregierung hat z. B. EU-Pläne für weniger CO₂-Ausstoß bei Neuwagen verwässert und sperrt sich gegen ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Ein breites Bündnis von Verbänden hat die Forderungen notwendiger Schritte für konsequenten Klimaschutz in einem Appell die Bundesregierung formuliert und fordert zum Handeln auf. Alle Infos und den Appell findet ihr hier: <http://www.campact.de/klima/home>

Mehr GRÜN im Essener Osten!

Unter diesem Motto haben wir, die GRÜNEN aus Steele, Kray und der Essener Oststadt 2004 einen engagierten und durchaus erfolgreichen Kommunalwahlkampf geführt: Seit dieser Wahl kommen aus unserem Bezirk zwei GRÜNE Ratsfrauen und drei sachkundige BürgerInnen für die Ratsausschüsse, und die GRÜNEN haben zwei Sitze in der Bezirksvertretung VII. So können wir bei unseren monatlichen Treffen kommunalpolitische Themen intensiv und mit Informationen aus erster Hand besprechen.

Die „Kehrseite der Medaille“ ist, dass die meisten unserer „Aktiven“ jetzt ein kommunalpolitisches Mandat haben und damit wenig Zeit für anderes. Damit aber Aktionen als GRÜNE Partei nicht hintenüber fallen, wünschen wir uns mehr Besuch von Mitgliedern und Interessierten aus Steele, Kray, Oststadt und Umgebung bei unserem „Steeler Treff“!

Und wir haben auch etwas zu bieten: Zunächst natürlich uns; eine Handvoll netter Leute, die sich jeweils am ersten Mittwoch im Monat (mit Ausnahmen an Feiertagen und manchmal in den Ferien) um 20.00 h im GREND in Steele, Westfalenstr. 311, zum „Steeler Treff der GRÜNEN“ treffen. Meist haben wir ein Schwerpunktthema und/oder einen besonderen Gast. So waren 2006 nicht nur „unser“ Ratsfrauen Hiltrud Schmutzler-Jäger und Christine Müller-Hechfellner bei unseren Treffen, sondern auch der „radelnde Bürgermeister“ Rolf Fliß und auch unser Bundestagsabgeordneter Kai Gehring. In diesem Jahr haben wir uns bisher vor allem mit der Neuorientierung der Kinder- und Jugendarbeit und der Offenen Ganztagsgrundschule in Essen beschäftigt. Wir wollen aber auch verstärkt

allgemeine Themen aufgreifen, die in der GRÜNEN Partei eine Rolle spielen. So veranstalten wir zusammen mit den GRÜNEN der Ruhrhalbinsel eine Diskussion „Wie GRÜN ist der Markt?“ zur sogenannten „Grünen Marktwirtschaft“ am Freitag, den 30.3.07 um 19.30 h im GREND (s.o.). Außerdem planen wir eine Diskussion über das „bedingungslose Grundeinkommen“. Aber auch unseren Bezirk verlieren wir nicht aus den Augen: So wollen wir uns wahrscheinlich im Sommer mit der geplanten Ruhrschiffahrt von Kupferdreh nach Steele beschäftigen, und vielleicht führen wir auch unsere Tradition „historischer Spaziergänge“ fort.

Nun, vielleicht doch Lust auf den „Steeler Treff der GRÜNEN“? Wir würden uns freuen, euch dort zu sehen! Die nächsten Treffen sind:

Mittwochs, 4.4.07, 2.5.07, 6.6.07 um 20.00 h im GREND

L. und E. Potthoff/ I. Kunze

Giftmüllzeitung der GRÜNEN

Bürgerinnen und Bürger rund um die Müllverbrennungsanlage in Herten wurden mit einer Informationszeitung zum umstrittenen, australischen Giftmüllgeschäft versorgt. Die GRÜNEN ließen eine Auflage von 45.000 Exemplaren verteilen. Eingehend widmet sich die Zeitung dem geplanten „Australien-Deal“, wonach 5.000 Tonnen des Ultragifts Hexachlorbenzol (HCB) nach Herten per Schiff und LKW um die halbe Erde transportiert und dort und in Leverkusen verbrannt werden sollen. GRÜNE treten dafür ein, in Australien eigene Entsorgungskapazitäten zu schaffen und die Beseitigung vor Ort zu lösen.

Ein Antrag von GRÜNEN u. a. (zahlreiche SPD-Abgeordnete darunter) in der Verbandsversammlung des RVR, die Verbrennung in der RVR - eigenen Müllverbrennungsanlage Herten zu untersagen, wurde von einer Mehrheit von CDU und SPD abgelehnt. Derzeit hängt der Giftmüll in der australischen Warteschleife, weil die erforderlichen Unterlagen für eine Exportgenehmigung nach Deutschland nicht fristgerecht eingereicht haben. Die "Giftmüll-Zeitung" ist auch über die Essener GRÜNEN zu beziehen. Sie kann auch unter folgender Adresse digital abgerufen werden: www.gruene-kv-recklinghausen.de

Solarstadt Gelsenkirchen: Besuch zur Woche der Sonne

In Gelsenkirchen gibt es in Sachen Solarenergie vieles was Essen nicht hat. Am Freitag, den 4.5./ersatzweise 11.5. von 14.00 bis ca.17.00 Uhr machen Essener GRÜNE deshalb eine Exkursion. Diese beginnt im Wissenschaftspark Gelsenkirchen mit einem Vortrag zur Solarenergie und Besichtigung der Technologieausstellung Solar-Expo und erleben ihre praktische Anwendung. In der SolarExpo (<http://www.solarexpo.de/>) erfahren wir u.a, wie aus Sand eine fertige Anlage zur solaren Stromerzeugung entsteht. Wir besichtigen einen der Sonnenkollektoren auf dem Dach eines Gebäudes des Wissenschaftsparks. Anschließend besuchen wir eine Solarsiedlung in Gelsenkirchen Rotthausen und besichtigen die Fabrik Scheuten Solar Technology GmbH, (ehemals Schell-Solar) wo aus Solarzellen Module gefertigt werden. www.scheutensolar.de. Die Exkursion dauert ca. drei Stunden. Da die Besichtigung der Firma Scheuten aus produktionstechnischen Gründen nur mit einer Gruppe von 10 Personen möglich ist, bitten wir um eine verbindliche Anmeldung über den Kreisverband Essen der GRÜNEN 0201-24764-33 oder email:kreisverband@gruene-essen.de

Zukunftskongress Ruhr: Dabei sein und nicht daneben stehen - Das Ruhrgebiet als solidarische Region der Zukunft

Datum: Samstag, 05. Mai 2007, 10.00 Uhr

Ort: im Regionalverband Ruhrgebiet, Kronprinzenstraße 35, 45128 Essen

Anfahrtshinweise unter http://rvr-online.de/der_rvr/anfahrt.shtml

„Dabei sein und nicht daneben stehen“ soll nicht nur das Motto unseres Ruhr-Zukunftskongresses sein. Es geht gesamtgesellschaftlich auch im Revier darum, Teilhabe in all ihren Schattierungen auch in der sogenannten Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu ermöglichen. Die Industriegesell-

schaft des letzten Jahrhunderts hat auch vor Ort viel Erhaltenswertes geschaffen. Sozialer Wohnraum, mitbestimmte Unternehmen und ein dichtes Netz an Kultur- und Freizeitangeboten sind vorhanden. Ausgebaut wurde in den letzten Jahrzehnten auch die Hochschullandschaft. Nicht so klar ist, was aus dem Revier in Zukunft werden soll und was werden wird. Geht es um „Rückbau“ oder „Umbau“? Einerseits ist der demographische Wandel ein Faktum, andererseits kein unumstößlicher Schicksalsschlag, vielmehr eine Größe, die Möglichkeiten schaffen kann. Wie und ob sie genutzt werden, ist offen.

A. Swoboda/ B. Wichert

Anmeldung bis zum 30. April 2007 per Mail an susanne.dippel@gruene-ruhr.de. Bitte mit folgenden Angaben: Name/ Organisation/ Straße/ PLZ/ Ort/ E-Mail/ Telefon/ Teilnahme an AG 1 / 2 / 3/ Vegetarisches Essen

Termine für Grüne und Interessierte

WANN			WO	WAS
28.3.	Mi	19.00	Rathaus	Ratssitzung
29.3.	Do	20.00	Werden	GRÜNER Treff in den Domstuben, Brückstraße
30.3.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel/ Steele	Wie GRÜN ist der Markt? Diskussion über GRÜNe Marktwirtschaft im GRENDE in Steele, Westfalenstr. 311
1.4.	So	11.00	Willy-Brandt-Platz	Wellness-Radtour der EFI zum einradeln, 30 km
4.4.	Mi	19.00	Frohnhausen	Stammtisch der GRÜNEN E-West im „jetzt & hier“, Lüneburger Str. 40
4.4.	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfalenstr. 298
4.4.	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum
13.4.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	UnternehmerInnenstammtisch von Unternehmensgrün, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393
14.4.			Bremen	Länderrat der GRÜNEN
16.4.	Mo	19.30	Zeche Carl	Stammtisch der GRÜNEN Nord
16.4.	Mo	20.00	Wasserturm	Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Huttrop Gaststätte Michelshof, Steubenstr. 61 (Verschoben wg Ostern)
18.4.	Mi	19.00	Cafe Zentral	Auf dem Weg ins Paradies bis zur Festung Europa – Flucht und Migration im 21.Jhrt (Grillo-Theater)

Kreisverband Essen

19.4.	Do	19.00	VHS	Diskussionsveranstaltung zum Thema Radverkehr
20.4.	Fr	17.00	Düsseldorf	LAG Soziales der GRÜNEN NRW in der LGS, Jahnstr. 52
24.4.	Do	20.00	Werden	GRÜNER Treff in den Domstuben, Brückstraße
26.4.	Do			Tschernobyl-Jahrestag
27.4.	Fr	20.00	Zornige Ameise	Nachttour zur Sternwarte in Schuir mit der EFI, 35 km (Beleuchtung!)
27.4.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393
29.4.	So			Tag der erneuerbaren Energien

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder andern zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich.

Impressum Newsletter

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/ Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50/ 45127 Essen
Tel.:0201- 24764-33
e-mail: Kreisverband@gruene-essen.de
V.i.S.d.P. und Redaktion: J. Drell